

SEN etz

Senioren-Union
CSU

August 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

kommenden Sonntag finden in Deutschland zwei Landtagswahlen statt. In Sachsen und in Thüringen wird ein neues Parlament gewählt. Die Spannung ist groß, aber die Sorge noch größer, dass wir vor gänzlich veränderten politischen Verhältnissen stehen werden. Die „Ampel-Parteien“, die in Berlin die Bundesregierung stellen, könnten zumindest teilweise an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und dadurch nicht einmal in den Landtag einziehen. Gleichzeitig etablieren sich Parteien, deren Absichten und Forderungen mit unseren Grundverständnissen nicht zusammenpassen. Dasselbe gilt für die bevorstehenden Landtagswahlen am 22. September in Brandenburg.



Doch als Senioren-Union lassen wir uns nicht beirren und kämpfen weiter für die Interessen der älteren Generation. Hierzu gehört nach wie vor das Thema Mütterrente, deren Existenz wir in einer Pressemitteilung verteidigt haben, nachdem Teile der Bundesregierung wohl tatsächlich in Erwägung gezogen hatten, dieselbe abzuschaffen. Ein Skandal!

Wichtig und immer wichtiger ist der Bereich Gesundheit und Pflege. Ganz aktuell fordern wir eine deutliche und schnelle Erhöhung der Studienplätze für Medizin, um zukünftig eine flächendeckende Versorgung mit Ärzten für ganz Bayern, insbesondere im ländlichen Raum, sicherstellen zu können. Dieses und viele andere Themen werden wir auch weiterhin ständig im Auge behalten, damit wir immer rechtzeitig laut und deutlich unsere Stimme erheben können. In diesem Sinne grüßt Sie

herzlichst

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Franz Meyer'.

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

16. August 2024

Senioren-Union der CSU fordert Ende der Diskussion um die Mütterrente

Altersarmut statt gesellschaftlicher Anerkennung

Strikt spricht sich die Senioren-Union der CSU gegen jeden Vorschlag zur Kürzung der Mütterrente aus und fordert das Ende der Überlegungen in diesem Bereich. Die Arbeitsgemeinschaft der CSU für die ältere Generation hält die Mütterrente für einen wichtigen gesellschaftspolitischen Fortschritt, der nicht auf dem Altar der Ampel-Haushaltsstreitigkeiten geopfert werden dürfe. „Mit großem Entsetzen hören wir von den Vorschlägen zur Abschaffung der Mütterrente aus dem FDP-geführten Finanzministerium und von den Wirtschaftsweisen. Die Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder war ein wichtiger Schritt, der auch die Familie gestärkt hat. Daran darf nicht gerüttelt werden!“, betont Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU. „Möglichen Einsparungen zum Ausgleich des Bundeshaushalts stehen Rentenkürzungen von fast 9 Millionen Rentnerinnen gegenüber. Es droht ein weiterer Schritt in die Altersarmut, verbunden mit der Verweigerung der Anerkennung der Lebensleistung der älteren Generation.“

Mit der sog. Mütterrente II werden die Kindererziehungszeiten von Frauen anerkannt, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Für die CSU war und ist es ein großes Anliegen, mit den Rentenpunkten für die Erziehungszeit auch die Leistungen der Frauen für die Familie zu würdigen.

Nachdem es der Ampel-Regierung in Berlin noch nicht gelungen ist, einen soliden Haushalt für 2025 aufzustellen; werden von Finanzminister Lindner Kürzungen gefordert und auch im Bereich der Rente vorgeschlagen. Dabei greift der FDP-Finanzminister den Vorschlag der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm auf, die Ende 2023 schon forderte, der Mütterrente zur Disposition zu stellen. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die Abschaffung der Mütterrente zu dramatischen Einkommenseinbußen führen würde und rund 9 Millionen Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen zusätzlich belastet würden.

„Die Kürzung oder Abschaffung einer Rente, für die schon Millionen von Rentenbescheiden ausgestellt sind, wäre ein fatales Signal, dass man sich auf die Zusagen des Staates nicht mehr verlassen kann. Allein aus diesem Grund sollte die Diskussion um die Abschaffung der Mütterrente sofort beendet werden“, fordert Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU. „Wieder einmal unterstreicht die Ampel-Regierung in Berlin, dass ihr der Respekt vor der Lebensleistungsleistung der älteren Generation fehlt. Der verdiente

Lebensabend von Millionen von Rentnern ist durch diese Vorschläge bedroht und die Gefahr der Altersarmut weitet sich stark aus. Es ist politisch unanständig, so mit den älteren Menschen umzugehen – sie sind kein Sparpotenzial, sondern haben die Grundlagen für unsere heutige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gelegt. Dafür erwarten wir Anerkennung und nicht die Diskussion um Rentenkürzungen!"

Ende



Presseinformation

29. August 2024

Senioren-Union der CSU sieht den Bund in der Pflicht Mehr Medizinstudienplätze und mehr Ärzte für den ländlichen Raum

Bei der Versorgung mit Ärzten sieht die Senioren-Union der CSU insgesamt, vor allem aber im ländlichen Raum, große und wachsende Probleme. Die Anzahl der Medizinstudenten reiche nicht aus, um zukünftig eine flächendeckende Versorgung mit Ärzten in Bayern sicherzustellen. Die Altersstruktur der heutigen Ärzteschaft verschärft in den kommenden Jahren die Situation. „Bayern leistet Vorbildliches, damit wir in Zukunft genügend Ärzte haben: mit einem deutlichen Aufwuchs der Studienplätze für Medizin und dem erfolgreichen Programm für Medizinstudienplätze mit der Landarztquote stemmen wir einen Teil der Belastung“, beschreibt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, die schwierige Situation. „Wir müssen mit großem Nachdruck verdeutlichen, dass die Länder bei den Studienplätzen für Medizin von der Bundesregierung im Stich gelassen werden. Die Senioren-Union wird sich in den kommenden Wochen dafür einsetzen, dass die Notwendigkeit von mehr Studienplätzen in der Medizin und mehr Ärzten auf-Landes-, vor allem auf Bundesebene gesehen wird.“

Bei der Medizinausbildung in Bayern konnten in diesem Jahre Rekorde gemeldet werden. 2.155 Studienanfänger starten in das Wintersemester 24/25 sowie das Sommersemester 2025 in Bayern mit einem Medizinstudium. „Aktuell studiert bereits fast ein Fünftel aller Medizin-Erstsemester in Deutschland an einer bayerischen Universität. Damit bildet Bayern so viele Ärztinnen und Ärzte aus wie noch nie“, unterstreicht Senioren-Union-Landesvorsitzender Franz Meyer. „Die Zielsetzung der bayerischen Landespolitik ist es, mit der Mediziner Ausbildung die Versorgung in der Fläche zu stabilisieren. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach tut alles, um das Problem der Ärzteversorgung zu verschärfen, beispielsweise mit der Krankenhausstrukturreform.“

In Bayern werden 145 Medizinstudienplätze durch die Landarztquote und die Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst vergeben. Im Wintersemester 2024/25 beginnen 124 Medizinerinnen und Mediziner ein Studium unter der Verpflichtung, später als Landärztin oder Landarzt zu arbeiten. Franz Meyer erklärte dazu: „Immer mehr junge Menschen entdecken die Arbeit als Landarzt oder im öffentlichen Gesundheitsdienst als spannendes Aufgabenfeld, in dem sie später einen wichtigen Beitrag für eine zukunftsfeste Gesundheitsversorgung in Bayern leisten. Das große Interesse an der Landarztquote unterstreicht: viele junge Medizinstudierende wollen sich in Bayern niederlassen und als Hausärztin oder Hausarzt bzw. Amtsärztin oder Amtsarzt arbeiten.“

Der erfreulichen Entwicklung in Bayern steht das Desinteresse des Bundes gegenüber, mehr für die Ausbildung von Medizinern zu tun. „Der Bund ist nicht bereit, zusätzliche Medizinstudienplätze zu unterstützen. Die Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze aus Bundesmitteln wäre eine große Hilfe“, betont Dr. Christian Alex, Leiter des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der Senioren-Union der CSU. „Was das Problem verschärft, ist, dass dem großen Bedarf insgesamt, vor allem aber im ländlichen Raum, eine Altersstruktur der beschäftigten Ärztinnen und Ärzten gegenübersteht, die allein durch Ruhestand die Situation in den nächsten Jahren deutlich verschärfen wird. Wir müssen mit Nachdruck auf das wachsende Problem hinweisen und dafür sorgen, dass die Zahl der Studienplätze in der Medizin deutschlandweit umgehend deutlich erhöht wird. Der Bund darf sich hier nicht weiter aus der Verantwortung stellen.“

Ende

Im August war unser Landesvorsitzender Franz Meyer erneut zu Gast beim Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU-Deutschlands im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin.

Der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren Dr. Fred-Holger Ludwig und Franz Meyer betonten die gemeinsame Verantwortung für die Anliegen der älteren Generation in der Union und in der Gesellschaft. Gemeinsam wollen Sie für deren Belange kämpfen. Ein intensiver Gedankenaustausch hierzu fand mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann, MdB, statt.



Foto: SEN-Landesvorsitzender Franz Meyer (links), Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Dr. Fred-Holger Ludwig (rechts) mit dem Generalsekretär der CDU-Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann, MdB (Mitte).